



Rede von Hans Nauber, Leiter der arbeitsmarktpolitischen Abteilung in der Behörde für Wirtschaft und Arbeit, im Rahmen der Europawoche zum Thema „Arbeitsmarkt- und bildungspolitische Perspektiven in Hamburg vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung“,
Ort: Patriotische Gesellschaft, am 29. April 2003

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Gäste,

zunächst einmal begrüße ich Sie recht herzlich auch im Namen des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg zu der heutigen Veranstaltung hier in der Patriotischen Gesellschaft im Rahmen der diesjährigen Europawoche.

Die diesjährige Europawoche und die sie begleitenden thematischen Veranstaltungen finden in einer äußerst schwierigen politischen und wirtschaftlichen Zeit statt.

Es ist eine Zeit, in der einerseits grundlegende Entscheidungen in Europa getroffen wurden:

1) Ich meine damit insbesondere die Erweiterung der Europäischen

Union, dokumentiert durch die „Athener Erklärung“ vom 16. April 2003. Damit wurde formal die größte Wirtschaftseinheit der Welt mit 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger geschaffen.

„Der Virus des Misstrauens“ - so hat es dennoch die Zeitschrift „Wirtschaftswoche in der Ausgabe Nr.17 beschrieben - beherrscht die gegenwärtige Zeit. Es heißt dort weiter, „Mitten in ihrer bisher tiefsten Krise nimmt die EU zehn neue Mitglieder auf - was den inneren Zerfall noch verstärkt und die gemeinsame Wirtschaftskraft schwächt“.

Vielleicht kommt die Zeitschrift zu dieser Einschätzung, weil prognostiziert wird, dass trotz dieser Erweiterung das BIP lediglich um 5% wachsen und das regionale Gefälle und damit das Wohlstandsgefälle innerhalb der EU zwischen Ost und West nach einer Analyse der Osteuropabank noch für Jahrzehnte bestehen bleiben wird (SZ vom 23. April 2003). Kritisch wird darüber hinaus in einigen Zeitungen angemerkt, dass die EU auch insofern auf eine harte Probe gestellt wird, wenn spätestens 2006 die weitere Frage der Finanzierung gerade aus den Strukturfonds entschieden werden muss. D.h., die Diskussionen darüber haben bereits begonnen. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 16.04.2003 hieß es „Die EU vor dem Quantensprung der Erweiterung - Komplexität, Intransparenz und Bürgerferne - die Herausforderungen wachsen“. Wiederum eine andere Zeitung, das „Handelsblatt“ sah gar das Problem darin, dass die „EU sich im Sprachwirrwarr verstrickt“ angesichts von 25 Nationen und 19 Sprachen (Ausgabe vom 17.04.2003).

2) Und auch die gerade in den letzten Tagen erfolgte Auseinandersetzung im Kontext der Vorschläge des Präsidenten des Verfassungskonvents, des früheren französischen Präsidenten Valéry Giscard d`Estaing, haben deutlich gemacht, dass eine Einheit noch

lange keine reale Einheit darstellt und sehr unterschiedliche Interessen berücksichtigt werden müssen.

3) Darüber hinaus hat die Auseinandersetzung mit dem Krieg im Irak die Spannungen und Kontroversen innerhalb der Europäischen Union deutlich wachsen lassen. Für die amerikanische Führung führte dieses zu der Einschätzung, dass die Europäer als „politische Pygmäen verspottet wurden“. Immanuel Kant hat einmal in einem Beitrag für die Berlinische Monatsschrift (1784) formuliert: „Wenn die Starken in der Welt im Zustande eines Rausches sind, ... so ist einem Pygmäen, dem seine Haut lieb ist, zu raten, dass er sich ja nicht in ihren Streit mische“. In einem Essay in der „Süddeutschen Zeitung“ vom April dieses Jahres wurde es so kommentiert:

„Nach den jüngsten Äußerungen des amerikanischen Präsidenten steht zu erwarten, dass sich das starke Amerika noch für einige Zeit im Zustande des Rausches befinden wird. Europa wird militärisch wachsen und dennoch ein Zwerg bleiben - ein Zwerg auf den Schultern des amerikanischen Riesen. Vielleicht wird es gerade deshalb weiter gehen.“

Ich hoffe jedenfalls, dass die EU in eine politische und wirtschaftliche Balance zurückkehren wird, die die weiteren Schritte zur Realisierung der Europäischen Idee unter Integration einer erweiterten EU wieder mit Nachhaltigkeit und Ernsthaftigkeit befördert und damit die Teilung Europas überwinden hilft und für alle Bürger eine optimistische Perspektive geben wird.

Wir müssen leider nach wie vor konstatieren, dass die Überwindung der Wirtschaftskrise sowie der Arbeitslosigkeit und damit eine dringend erforderliche wirtschaftliche Erholung der europäischen Volkswirtschaften - insbesondere auch der deutschen Wirtschaft -

erheblich verzögert wird und damit das gemeinsame, in Lissabon und Stockholm vorgegebene Ziel, in Europa die Vollbeschäftigung bis 2010 bei einer Gesamtbeschäftigungsquote von 70% zu erreichen, mehr als gefährdet erscheint.

Ich möchte mich in meinen Ausführungen nicht direkt auf das Thema „Arbeitsmarkt- und bildungspolitische Perspektiven in Hamburg vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung“ konzentrieren, da dieses zum Beispiel heute abends um 18h das zentrale Thema sein wird, sondern einige Ausführungen und Einschätzungen zur Arbeitsmarktpolitik auf Bundes- und insbesondere auch auf Hamburger Ebene vor dem Hintergrund auch von Einflüssen der EU-Kommission machen, insbesondere auch deshalb, weil diese Aspekte insbesondere in die Diskussionen in den Workshops einfließen könnten.

Für Deutschland wird durchaus die Gefahr einer Rezession gesehen. Für das laufende Jahr wird daher für Deutschland nach der jüngsten Prognose der OECD lediglich ein Wirtschaftswachstum von 0,3%, für Euroland von 1,0% und für die USA von 2,5% prognostiziert.

Und auch für 2004 wird nur ein Wachstum von 1,7% erwartet, für Euroland von 2,4% und für die USA von 4,0%.

Die Frühjahrsprognose der EU-Kommission selber kommt für 2003 für Deutschland zu einer Wachstumsprognose von 0,4 und für 2004 von 2,0%.

Die Bundesregierung selber hat gestern ihre Prognose von 1,0 auf 0,75% herabgesetzt und im Jahresdurchschnitt 2003 4,5 und für 2004 4,4Mio Arbeitslose zu Grunde gelegt.

Deutschland bleibt das Schlusslicht Europas. Damit wird deutlich, dass der Reformdruck auf Deutschland gerade auch auf dem Arbeitsmarkt und damit der Arbeitsmarktpolitik seitens der EU-KOM weiter zunimmt.

Ich möchte hier nicht die Gründe im Detail benennen, die dazu geführt haben, dass wir in Deutschland im Verhältnis gerade auch zu anderen europäischen Mitgliedsstaaten ungünstigere wirtschaftliche Bedingungen haben.

Ich möchte lediglich 2 Aspekte benennen, die neben dem Zentralproblem eines zu geringen wirtschaftlichen Wirtschaftswachstums wichtig sind und daher im Mittelpunkt der Reformdebatte stehen:

- Die Bundesanstalt für Arbeit muss reformiert/modernisiert werden u.a. mit den Zielen:
 1. verstärkt an Ausgleichsprozessen mitwirken u.a. durch
 2. effizientere öffentliche Vermittlung
 3. offene Stellen schneller und „passgenau“ besetzen
 4. die Instrumente nach dem Sozialgesetzbuch III effektiver und effizienter gestalten

Dieses ist deshalb – und das ist mein zweiter Aspekt – so wichtig, weil

- Arbeitslosigkeit höher als im EU-Durchschnitt und der USA ist.

Die Bundesregierung selber hat mit den „Hartz-Vorschlägen“ und der Verabschiedung des Ersten und Zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt Reformen eingeleitet, werden Reformen wie die Neuorganisation der Bundesanstalt für Arbeit sowie die geplante Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe werden weiter gehende Veränderungen in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik erwartet. Zu welchen Konsequenzen dieses tatsächlich führen wird, bleibt ebenso abzuwarten wie die geplanten Reformen der Bundesregierung unter dem Stichwort „Agenda 2010“.

Aktuell haben wir das Problem, dass durch den Wegfall des Bundeszuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit (BA) und gleichzeitiger Zunahme der Arbeitslosigkeit ein erheblicher Finanzierungsdruck auf die aktiven Leistungen der Arbeitsmarktpolitik besteht, insbesondere auch unter den neuen Bedingungen gerade im FbW-Bereich (Förderung der beruflichen Weiterbildung) mit der Vorgabe einer 70%igen Erfolgsquote.

Es muss zur Kenntnis genommen werden, dass in dem heutigen Europa der Druck, sich an wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch erfolgreichen MS auszurichten deutlich größer geworden ist. Die Beschäftigungspolitik in diesem Europa ist nicht mehr eine alleinige, interne und autonome Angelegenheit der Staaten, sondern maßgeblich sind die Einhaltung der Maastricht-Kriterien und damit indirekt auch die Leistungsfähigkeit im Hinblick auf die Beschäftigungslage, denn diese hat direkte und indirekte Auswirkungen z.B. auf die Sozialversicherungen und deren Finanzierbarkeit. Die Beschäftigungspolitik des EU-Mitgliedstaaten vollzieht sich heute in einer gemeinschaftlichen Abstimmung und Koordinierung, ohne sie ersetzen zu können und zu wollen.

Die KOM hat dazu ein entsprechendes Verfahren eine entsprechende Methode und Strategie entwickelt, zum Beispiel die Publikation eines Jahresberichts und die Verabschiedung von Leitlinien sowie von Empfehlungen an die MS. Die Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS) soll künftig weiter differenziert werden, in dem Ziele formuliert und deren Operationalisierung mittels (Beschäftigungs- und Struktur-Indikatoren (=Wirkungsgrößen) festgestellt werden soll, die als Orientierungspunkte für eine erfolgreiche Gestaltung der nationalen Beschäftigungspolitiken dienen sollen. Prioritäten für die Bewältigung der

aktuellen und der neuen Herausforderungen sollen u.a. sein: Aktivierung und Prävention, Reform der Steuer- und Sozialleistungssysteme, Unternehmergeist, Anpassungsfähigkeit und ausgewogenes Verhältnis zwischen Flexibilität und Sicherheit sowie Chancengleichheit für alle. Dabei soll einer effektiven Arbeitsmarkteingliederung benachteiligter Gruppen eine hohe Priorität eingeräumt werden, gerade auch zur Sicherung der Tragfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme. Das Schwerpunktziel bleibt die Erreichung der Vollbeschäftigung durch Anhebung der Beschäftigungsquoten und damit der Schaffung eines integrativen Arbeitsmarktes.

Die strategische Neuausrichtung der Hamburger Arbeitsmarktpolitik folgt in hohem Maße auch diesen Prioritäten, wie sie von der EU erwartet/empfohlen werden:

Grundsätze:

Aktivierende Arbeitsmarktpolitik
Fördern, fordern, Effizienz

⇒ Effizienzsteigerung im Rahmen „klassischer arbeitsmarktpolitischer Programme nach dem Sozialgesetzbuch III (Arbeitsförderung) wie

- * Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)
- * Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)
- * Einführung der Fallkostenpauschale

⇒ Mittelstandsorientierte Arbeitsmarktpolitik

⇒ Entwicklung neuer Instrumente, Methoden und Verfahren (Beispiele: Branchenmonitor, Vermittlungsplattform)

⇒ Ausbau und Weiterentwicklung eines Controlling- und Berichtswesens

Das Ziel, beschäftigungsfördernde Maßnahmen eng an den allgemeinen Arbeitsmarkt anzulehnen und zugleich dem Ziel der Eingliederung in Erwerbstätigkeit Priorität einzuräumen, wurde in Hamburg mittlerweile erreicht.

So ging zwar die Zahl der in ABM und SAM-Beschäftigten zurück (./7,9%), aber deutlich schwächer als in Westdeutschland (./22,1%). Der Rückgang hierbei wurde aufgefangen und überkompensiert durch neue Programme, die direkt im allgemeinen AM angesiedelt sind:

- das Hamburger Modell mit über 850 bewilligten Stellen
- das Existenzgründungsprogramm für Kleinunternehmen mit 95 Bewilligungen und ein Programm, das nicht direkt im allgemeinen AM angesiedelt ist, das aber die Vermittlung dahin beschleunigen soll:
- das Programm „Gemeinnützige Arbeit für Arbeitslosenhilfeempfänger“.

Erreicht werden konnte dieses auch unter Inanspruchnahme geringerer Haushaltsmittel. Damit wurde auch erreicht, dass eine effizientere Mittelverwendung und eine größere Arbeitsmarktnähe erzielt wurden.

Wenn Sie sich heute hier zu 3 Workshops unterschiedlichster Themen/Fragestellungen treffen, dann sollte und muss sich auch die veränderte und neu ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik in Hamburg als auch auf Bundes- und Europaebene wieder spiegeln.

Neben dem Ober- und Querschnittsziel „gender mainstreaming“ werden in den Workshops als weitere Themen die Bereiche

„Unternehmensberatung im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik“ und das Problem des „Übergangs von der Schule in die Ausbildung“ diskutiert.

Alle 3 Themen kennzeichnen auch im Wesentlichen die neue Hamburger AMP. Es ist jedenfalls nicht erkennbar, dass zum Beispiel die

Umorientierung in der AMP dazu führt, dass dieses zulasten der Förderung von Frauen in arbeitsmarktpolitischen Programmen führt. Im Rahmen der Umsetzung des ESF hat der Aspekt des „gender mainstreaming“ bei der Auswahl der Projekte von Anfang an eine zentrale Bedeutung in der Bewertung und damit der Zustimmung oder Ablehnung von Anträgen auf Mittel des ESF.

Die zuständigen Senatoren für Bildung und Sport und für Wirtschaft und Arbeit haben gestern zusammen mit Vertretern der beiden Kammern einerseits einen dringenden Appell an alle gerichtet, mehr Ausbildungsplätze im dualen System angesichts rückläufiger Ausbildungsstellen und eines steigenden Bewerberandrangs zur Verfügung zu stellen und andererseits selber die Initiative zur Schaffung und Förderung von über 100 zusätzlichen Ausbildungsplätzen im dualen System angekündigt. Dabei sind im Übrigen auch Projekte, die im Rahmen des ESF sehr unternehmensnah - um nicht zu sagen direkt im Allgemeinen AM - angesiedelt sind und einen präventiven Ansatz beinhalten. Zugleich kann und soll damit auch ein Beitrag zur Senkung der zu hohen Jugendarbeitslosigkeit in Hamburg geleistet werden.

Insofern hoffe ich, dass Sie im Rahmen der Diskussionen in den einzelnen Workshops diese Hinweise mit einfließen lassen, anregende Diskussionen haben und damit einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung auch der Hamburger AMP leisten werden.

Ich danke allen Beteiligten, insbesondere der Lawaetz-Stiftung, für die Organisation und Präsentation und hoffe, dass sie noch regen Zulauf auch von der allgemeinen und interessierten Öffentlichkeit haben werden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.